



MITGLIEDERRUNDBRIEF JULI 2013

Liebe Freundinnen und Freunde Leonhard Franks,

eigentlich ist Winston Smith ein ganz normaler und loyaler Mitarbeiter. Mit einigem Pflichtbewusstsein versieht er seine Arbeit für eine wichtige Institution seines Staates. Er ist mit sich und seiner Welt zwar nicht zufrieden; den einzigen Luxus, den er sich leisten will, besteht darin, ohne Einschränkungen den Gedanken nachzuhängen, die ihm gerade in den Sinn kommen. Zu ihnen gehört allerdings ein immer größer werdender Zweifel an den offiziellen Doktrinen. Das jedoch ist in seiner Welt ein Gedankenverbrechen. Und ausgerechnet die Behörde, für die Winston Smith arbeitet, das Ministerium für Wahrheit, ist damit beauftragt, solche Verbrechen zu unterbinden und zu ahnden. Das ist die Ausgangskonstellation im dystopischen Roman des Engländers George Orwell mit der Jahreszahl als Titel, die damals noch fern schien, heute aber längst hinter uns liegt: *1984*.

Orwell zeigt uns, wie auch und gerade der Nicht-Oppositionelle in einer bestimmten staatlichen Logik zum Staatsfeind werden kann. Auch im Lebensweg von Edward Snowden wies lange Zeit nichts darauf hin, dass dieser angepasste junge Mann zum Staatsfeind Nr. 1 des mächtigsten Landes der Welt werden würde, dass der Präsident dieses Landes so massiven Druck auf andere Länder ausüben würde, dass alle diese Länder Herrn Snowden ein durchaus diskutables Asyl verweigern würden – auch Deutschland hat den Mut dafür nicht aufgebracht.

Es ist richtig: Herr Snowden hat einen Geheimnisverrat begangen. Aber hatte er nicht lautere Motive dafür? Die Verfassung der Vereinigten Staaten, die vor wenigen Tagen Geburtstag hatte, und das deutsche Grundgesetz von 1949 basieren auf den gleichen Grundprinzipien. Das sind nicht nur das Recht auf Freiheit und Sicherheit, sondern auch das Brief- und Postgeheimnis. Zu denen gehört es auch, dass die staatliche Überwachung von Personen nicht anhaltlos und nicht uferlos sein darf. Und es gehört die Gewissensfreiheit dazu. Das Grundgesetz bezeichnet diese Grundrechte als „unveräußerlich“ und stellt fest, dass diese Grundrechte jegliche staatliche Gewalt binden.

In manchen Diskussionen über Snowden ist unreflektiert von Hoch- und Landesverrat die Rede. Es wird sicher manchen überraschen, dass unser Recht den sogenannten Verfassungshochverrat kennt. Danach wird derjenige bestraft, der gegen die Grundrechte in der Absicht verstößt, diese Grundrechte zu beseitigen. Hat Snowden nicht das genaue Gegenteil getan?

Leonhard Frank ist in seinem Leben mehrfach des Hoch- und Landesverrats verdächtigt worden. Seit der Veröffentlichung von „Der Mensch ist gut“ 1917 ist er vom völkisch-nationalistischen Spektrum, aber auch vom nationalkonservativen Bürgertum fast kampagnenartig mit diesem Vorwurf überzogen worden, so sehr, dass er zeitweilig um sein Leben fürchten musste. Und er hat seine Erfahrungen mit den Geheimpolizeien seiner Welt gemacht. Trotz aller Aktenvernichtungen wissen wir sehr gut, dass ihn in der

Schweiz die Schweizer Fremdenpolizei überwacht und als „Anarchisten“ angesehen hat; in München existierten bis Ende der 60er Jahre Akten der politischen Polizei Bayerns, die 1919-1923 Wilhelm Frick geleitet wurde, dem 1946 in Nürnberg hingerichteten NS-Innenminister. Auch die französische Sûreté hatte Akten über Frank; das FBI-Material über Frank, so berichtete es der deutsch-amerikanische Forscher Alexander Stephan bereits vor 18 Jahren, umfasst weit über 100 Seiten – und bewirkte die Ablehnung von Franks Antrag auf US-Staatsbürgerschaft. Aufgrund bestimmter Publikationen Ende der 1950er Jahre, kann davon ausgegangen werden, dass BND und Verfassungsschutz Frank wegen seines pazifistischen Engagements und seiner DDR-Besuche im Visier hatten. Wenn übrigens mal ein Wissenschaftler nach diesen Dossiers fragte, müssten nach derzeitigem Recht, anders als in den USA und Großbritannien, die betreffenden Dienste nicht einmal antworten. Das wäre bei den Geheimsdienstunterlagen des ehemaligen deutschen Staates, der DDR, freilich anders. Natürlich gibt es Stasi-Akten über Frank, und er wird es gewusst haben – seine Grußadressen zu Jugendkongressen oder zur Verabschiedung eines Fünfjahresplanes just zum Zeitpunkt von inoffiziellen Bemühungen zur Freilassung Walter Jankas beweisen zumindest, dass ihm die manches Mal erforderlichen taktischen Operationen bekannt waren. Nur der Vollständigkeit halber: wer zwei oder drei Mal die Sowjetunion besucht hat, über den hat natürlich auch der KGB ein Dossier.

Vor mehr als zwei Monaten kamen in Würzburg viele Menschen zusammen, um deutlich zu machen, dass Würzburg eine bunte Stadt ist, dass für neue und alte Nazis kein Platz ist. Und ich gehe zuversichtlich davon aus, dass einige von Ihnen dabei waren. Nach Polizeiangaben kamen dabei 8000 Menschen zusammen. Achttausend! Es war die größte Demonstration gegen Rechtsradikale seit vielen Jahren! Zum Vergleich: am selben Tag versammelten sich zum gleichen Anlass in Berlin, Frankfurt und München jeweils 2000 bis 3000 Personen.

Jedoch wissen von dieser erfolgreichen Demonstration fast ausschließlich die Würzburgerinnen und Würzburger. Denn keine überregionale Zeitung hielt es für nötig, über die Demonstration zu berichten. Was ist eigentlich mit den deutschen Journalisten und Chefredaktionen los? Fehlt ihnen gänzlich der Sinn für Bedeutsamkeit? Achttausend in einer Stadt mit 130.000 Einwohnern! Haben diese schnöseligen Redaktionsdamen und –herren in Hamburg, Mannheim, Berlin oder sonstwo eine Ahnung, was es bedeutet, so viele Menschen zu mobilisieren? Warum, Herr Prantl, hat Ihre Zeitung die Kurzmeldung über die Demonstration, im Übrigen eine reine Agenturübernahme, auf ihrer Bayernseite versteckt? In den Hauptteil hätte die Nachricht gehört, mit Foto, als Motivation für bürgerschaftliches und demokratisches Engagement. Aber in der Süddeutschen herrscht offenbar auch die merkwürdige topographische Vorstellung, als täte sich kurz hinter Erlangen eine bis nach Frankfurt reichende Wüstenei auf, aus der es allenfalls spektakulär-komische Unfälle zu berichten gibt.

Mit großer Freude haben wir vor kurzem das Angebot des Mainfranken-Theaters zum Besuch des Siegerstücks des Leonhard-Frank-Preises von 2012 an Sie weitergegeben. Und ich darf Sie ermuntern, das Angebot in großer Zahl wahrzunehmen und eventuell auch noch andere Personen zum Theaterbesuch zu motivieren. Wir hatten an dieser Stelle ja auch schon schon Veranlassung das Theater zu kritisieren. Es steht aber außer Frage, dass auch unsere moderne Gesellschaft eine moderne Stadttheater-Landschaft braucht. Ich hoffe sehr, dass im Falle Würzburgs der Stadtrat in der Lage ist, gerade für die Modernisierung des Mainfranken-Theaters zukunftsweisende Beschlüsse zu fassen.

Mit diesem Rundbrief erhalten Sie die Einladung zur nächsten Mitgliederversammlung und damit auch die Mitteilung, dass der Verlag Königshausen & Neumann die „Jünger

Jesu“ in neuer Aufmachung im Taschenbuchformat herausbringt. Das ist durchaus ein verlegerisches Risiko, was hier durchaus respektvoll vermerkt sein soll. Wir hoffen aber zuversichtlich, dass die Veröffentlichung der Auftakt für eine spektakuläre Aktion sein wird:

Die Leonhard-Frank-Gesellschaft ist nämlich mit der Buchhändlervereinigung „Lass den Klick in deiner Stadt“ übereingekommen, zu der Aktion „EINE STADT LIEST EIN BUCH“ aufzurufen. Und dieses Buch werden die „Jünger Jesu“ sein. Kulminationspunkt der Aktion soll der Zeitraum vom 4.-14. April 2014 sein; die unterschiedlichsten Veranstaltungen sollen in dieser Zeit den Roman und seinen zeithistorischen Hintergrund zum Gegenstand haben. Wir freuen uns sehr, dass der Oberbürgermeister der Stadt Würzburg, Herr Georg Rosenthal, sich bereit erklärt hat, für diese Aktion die Schirmherrschaft zu übernehmen.

Es besteht bereits eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Aktion, aber es können gerne noch viele weitere Personen hinzukommen. Wenn Sie Interesse haben, dann nehmen Sie bitte Kontakt mit Herrn Osthoff auf.

Abschließend erlaube ich mir auf zwei anstehende Veranstaltungen hinzuweisen, die eventuell auch Ihr Interesse finden:

- Am 14. Juli wird um 11 Uhr im oberen Foyer des Mainfranken-Theaters der Würzburger Friedenspreis an Frau Rita Prigmore aus Würzburg für ihren Einsatz gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus verliehen. Weitere Informationen: <http://www.wuerzburger-friedenspreis.de/>
- Am 15. Juli lädt das Würzburger Bündnis für Zivilcourage für 18h30 zur Vollversammlung in den Wappensaal des Rathauses. Hier wird dann auch unsere Gesellschaft als neues Mitglied begrüßt werden.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen alles Gute. Der Mensch ist gut.

Michael Henke

Erster Vorsitzender der Leonhard-Frank-Gesellschaft e.V.